

Merseburger Correspondent.

Erscheinung:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Redaction: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 239.

Sonntag den 3. Dezember.

1882.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 40 resp. 45 Pfg. von allen Postanstalten, Leihbüchern, sowie in der Expedition entgegen genommen.
Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

**** Die Lizenzsteuer.**

„Mehr Geld, meine Herren, mehr Geld!“ mit diesen Worten entließ Fürst Bischof vor ein paar Jahren eine Anzahl von Abgeordneten, welche seine Gäste auf einer feiner parlamentarischen Soirée gewesen waren. Und diese Worte haben auch seit Jahren den Grundstein in aller bei Reichstag und Landtag versuchten Bestrebungen gebildet.

Doch trat diese fiskalische Devise gar zu auffallend in den Vordergrund, als daß sie von Erfolg hätte sein können. Jetzt ist es schon so weit gekommen, daß man die Steuervorlagen der Regierung in parlamentarischen Kreisen gar nicht mehr Ernst nimmt. So geht es der Vorlage über die Einführung einer Lizenzsteuer auf den Vertrieb von Bier, Wein, Brantwein und Tabak, welche soeben dem preussischen Abgeordnetenhaus unterbreitet worden ist. Niemand im Abgeordnetenhaus hat den Glauben, daß dieser Gesetzentwurf zur Annahme gelangen könnte. Ja man sagt auch voraus, daß die Regierung sehr wohl weiß, daß ihre Vorlage nicht die mindesten Aussichten hat. Man zerbricht sich nur den Kopf darüber, welchen taktischen Zweck die Regierung damit im Auge hat, eine solche Vorlage zu machen, von der sie von vornherein wissen muß, daß sie eine Mehrheit dafür nicht finden wird.

Eigentlich ist es nicht eine, sondern es sind vier verschiedene Steuern, die da vorgeschlagen werden. Eine besondere Steuer wird auf den gewerbsmäßigen Verkauf von Bier, eine um 25 Prozent höhere auf den von Wein, eine um 50 Prozent höhere auf den Vertrieb von Tabakfabrikaten gelegt, und der Verkauf von Brantwein endlich soll die höchste Steuer zahlen, nämlich das Doppelte der neuen Bierverkaufssteuer. Wer nun die Verhältnisse im wirtschlichen Leben kennt, der sieht leicht, daß die meisten Restaurationen, Gasthäuser, Schanklokale und ebenso selbst die kleinen Materialwaarenhandlungen alle vier neuen Steuern zahlen müßten, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb in dem bisherigen Umfange weiterführen wollen. Auch da, wo das Schwergewicht eines Lokales nur im Bierauschank liegt, muß einmal auf Verlangen ein Schnäpchen, ein Bier verabreicht werden, wird von einem Gast einmal ein Glas Wein oder eine Cigarre verlangt. Künftig müßte der Wirtch entweder die Verabfolgung dieser Nebenartikel verweigern oder er muß neben der neuen Bier- auch die neue Weine-, Tabak- und Brantweinsteuer zahlen, und diese würden nicht nur weit mehr betragen, als der Wirtch an diesen Nebenartikeln verdient, sondern auch mehr, als er von dem Verkauf dieser Artikel im Ganzen einnimmt.

Das ist überhaupt charakteristisch von der vorgeschlagenen Steuer, daß der Staat seinen Tribut von dem Verkaufsgeschäft vorwegnehmen will, gleichgültig, ob der Geschäftsinhaber etwas dabei verdient oder nicht.

Die Steuer soll nicht, wie bei der Grundsteuer, nach dem Reineinkommen entrichtet werden, sondern nach der Bruttoeinnahme. Wer für 3000 Mark Bier im Jahre verkauft, soll die Steuer von 3000 Mark entrichten. Ob er daran einen kleinen Verdienst oder einen großen hat, ändert an der Steuer summe nichts. Wer bei einem jährlichen Umsatz von 3000 Mark nur einen kleinen Profit hat, was besonders bei solchen Verkäufern geschehen wird, welche Käufer aus den ärmeren Volksklassen haben, muß dieselbe Steuer zahlen, wie der Geschäftsinhaber, welcher einen hohen Prozentsatz sich als Gewinn berechnet, was solche Wirthe können, welche ein wohlhabendes Publikum zu Gästen haben und die sich in dem Verkaufspreise ihrer Getränke zugleich die höheren Miethspreise, die bessere Möbllung und die kostspieligere Bedienung bezahlt lassen müssen. Der Wirtch muß die gezahlte Steuer natürlich auf die Preise seiner Waaren schlagen, und man sieht hieraus, daß auch hier wieder die ärmere Bevölkerung am schlechtesten fortkommen muß.

Die Reichsverfassung behält die Besteuerung von Tabak, Bier und Brantwein ausdrücklich dem Reiche vor. Es ist also vollkommen ungesetzlich, eine besondere preussische Bier-, Brantwein- und Tabaksteuer aufzulegen. Nun wird in der Begründung der Vorlage zwar ausgeführt, daß die neuen Steuern ja nicht den Charakter von Verbrauchssteuern hätten, sondern den von Gewerbesteuern. Gerade die Bemessung der Steuern nach dem Bruttoertrag nimmt ihnen aber den Charakter von Gewerbesteuern und reißt sie den Verbrauchsabgaben ein.

Und wenn es wirklich neue Gewerbesteuern wären, wie will man da die Beibehaltung der alten Gewerbesteuer neben den neuen rechtfertigen? Es wird sonst als Ziel der Steuerreform verhängt, die Doppelbesteuerung zu beseitigen; hier würde einem Theil der Gewerbetreibenden eine dreifache Besteuerung aufgelegt werden.

In der Motivirung der früheren Schanksteuervorlage, deren Ertrag den Gemeinben zu gute kommen sollte, wurde eine Steuer nach Art der jetzt vorgeschlagenen als eine chikanöse Maßregel verurtheilt. Nach wenigen Jahren schlägt man nun vor, was damals für zu chikanös galt!

Und fürwahr, chikanös genug wäre die ganze Veranlagung und Controlle der neuen Steuer. Wir bekämen da für jeden Kreis resp. für jede größere Stadt einen besonderen, von der Regierung ernannten Veranlagungskommissar, der selbst und durch von ihm beauftragte Beamte alle Geschäfte, welche sich mit dem Verkauf von Tabak und geistigen Getränken befassen, unter Controlle halten kann. Ihm zur Seite steht eine Veranlagungskommission, welche der Kreisrat resp. die Stadtvertretung zur Hälfte aus den eigenen Mitgliedern, zur Hälfte aus den Steuerpflichtigen zu wählen hat. Deren Vorsitzender wäre aber der staatliche Veranlagungskommissar, welchem bei Stimmgleichheit die Entscheidung zufällt. Diese Commission soll die Steuerpflichtigen einschätzen; es ist aber gleich vorgesehen, daß dieselbe die Verannehmung dieser Geschäfte aus bestimmten Gründen nicht übernehmen will, dann setzt der staatliche Commissar die Höhe des Umsatzes und

die der Steuer selbst fest. Der Kommission soll jeder der betreffenden Steuerpflichtigen alle Auskünfte über sein Geschäft machen, und thut er das nicht, so verliert er das Recht, gegen die Höhe der Steuer zu reklamiren. Verfücht ein Steuerpflichtiger die Steuer zu „hinterziehen“, so wird er mit Zahlung des vier- bis zehnfachen Betrages der Jahressteuer bestraft.

Das ist alles zusammen so chikanös, daß die betreffenden Steuerpflichtigen in eine nichts weniger als beneidenswerthe Lage kämen. Wie würden es da vorziehen, fogleich „verstaatlicht“ zu werden.

Soweit sind wir nun Gott sei Dank noch nicht Selbst die neue Landrathskammer wird diese Lizenzsteuervorlage nicht annehmen. Wenn die Konservativen allein die Mehrheit hätten, so würde dies freilich zu beforgen sein; denn schon fangen die konservativen Blätter an, in der Vorlage allerlei Vorzüge zu entdecken. Aber glücklicher Weise haben die Konservativen und Freikonservativen zusammen nicht die Mehrheit. Und die anderen Parteien werden sich hüten, eine solche Steuer einzuführen zu helfen. Aber sicher ist bei dem mächtigsten Festhalten des Fürsten Bischof an allen seinen Steuerprojecten, daß diese Steuerpläne wiederkehren werden, auch wenn sie jetzt abgelehnt werden.

Wer diese und ähnliche Steuern haben will, der braucht nur bei künftigen Wahlen auf die Wahl von noch mehr Konservativen hinzuwirken!

Politische Uebersicht

Eine Meldung aus **Rußland** bekundet, daß die Petersburger Polizei umfangreiche Verbindungen revolutionärer Elemente mit Wortführern der Arbeiter entdeckt hat. Eine Anzahl von Establishments ist unter besondere Aufsicht gestellt worden mit der Ankündigung der Schließung und militärischen Sperrung beim ersten bedrohlichen Anzeichen. Es ist erwiesen, daß am letzten Sonntag in der Nähe der Stadt eine zahlreiche Versammlung sozialistischer Elemente stattgefunden hat, welche im Einklang mit weiteren Anstiftungen der Studenten zu handeln beschloß und sollen bereits ca. 40 Wortführer und Personen ähnlicher Art in Gewarhaftung sein. Es ist das offenbar ein bedeutsamerer Anschlag, den man sehr ernst zu nehmen hat und der auch die Studentenunruhen in ein anderes Licht bringt. Das Militär ist consignirt und größere Fabriken erhalten eigene Einquartierung, doch scheint man in gewissen Kreisen dem Militär selbst nicht recht zu trauen.

Die neuesten Schreckensnachrichten aus **Irland** haben der **englischen** Regierung die Augen geöffnet. Die optimistische und wohlwollende Auffassung, die man bisher festzuhalten suchte, hält solchen Vorgängen gegenüber nicht Stand, und sowohl Gladstone, als sein Staatssecretär für Irland Trevelyan, sehen sich genöthigt, ihre Taktik einer einschneidenden Correctur zu unterziehen. Noch vor wenigen Tagen erklärte Mr. Trevelyan im Unterhause, man dürfe die letzten Dubliner Verbrechen nicht dem allgemeinen Zustande in Irland zur Last legen, man müsse einen

reidewerth empfinden
einen von 3 50 Mark
einen von 5 50 Mark
groß von 1 40 Mark
hosen mit
hosen von 1
von 50 Pf
halbwoll
für Mädchen
potten, T
einen und
kel, für
billigen
Martens
Delgado
Fangens
Raubzug
Goldene
des alle
Internationales
— Schw
areisen, An
nen, Hab
Gartensien
gratis geg
Pflanz-Post
Aufgabe zur
Mk. 70 Pf
per, März
Maschinen
und gut
L. Albrecht
Wofmarkt
Schmal
Qualität
auf franco
H. Schiffman
in Bügeln
Thee
und Kaiser
Blieb
ord Hel
Burggr. 9.
Nebermann
Tage
Sartmann
erlaubt
burg und
liegt
mendem
Dezbr. 1882.
Hofmann
ritete
zu verlan
Hofmann
Wirtch
gs-C
nischen
2. Dez
es Zi
Herr
Vincent
nem Bed
Hofmann
Überg
Der Vor



Unterschied machen zwischen politischen und agrarischen Verbrechen, und die Abnahme der letzteren zeigen, daß die Beruhigung erfreuliche Fortschritte mache. In einer ganz anderen Tonart waren die Erklärungen, die derselbe Herr Trevelyan in der vorgelagerten Unterhaus-Sitzung abgab. Er wies auf die Gefahr der in Irland fortwährenden Agitationen hin und erklärte, unter solchen Umständen sei keine Hoffnung auf Frieden und Ordnung und sei es unmöglich, den Verbrechen Einhalt zu thun. Wenn solche Reden, wie die von Davitt, Gealy und Redmond, in Versammlungen der nationalen Liga abgehalten würden, sei es nötig, dieselben zu verbieten. — Wenn die englische Regierung aus den Dubliner Verbrechen einen Anlaß und Sporn zu strengerer Wachsamkeit entnimmt, so werden jene traurigen Vorgänge auch ihr Gutes gehabt haben. — In derselben Unterhaus-Sitzung wurden ferner von der Ministerbank aus Mitteilungen gemacht, aus denen erhellt, daß man das Vorgehen Frankreichs gegen Madagaskar englischerseits mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Es wurden verschiedene maritime Maßregeln aufgestellt, welche die Regierung getroffen hat, um eventuell die englischen Interessen in jenem Gebiete zu schützen. Daß das Londoner Cabinet hierbei vorsichtig und mit der größtmöglichen Schonung für Frankreich zu handeln sucht, versteht sich von selbst; doch wird es die Agitation für Madagaskar, die sich in England in wachsendem Maße bemerklich macht, nicht ignorieren können.

Deutschland.

(Sofnachrichten.) Se. Maj. der Kaiser ist mit dem Kronprinzen Rudolf von Oesterreich und den übrigen hohen Teilnehmern der Jagdpartie am Donnerstag Abend 9 1/2 Uhr wohlbehalten am Schloß Kégling eingetroffen. Den Abend über blieb dann die hohe Jagdgesellschaft noch zum Thee vereint. Am Freitag Morgen erfolgte um 8 1/2 Uhr der Aufbruch zur Jagd. Dieselbe begann mit einer Suche mit der Fährtenreute auf Säuen und zwar in der Oberförsterei Kégling am schwarzen Sohl. Mittags 12 Uhr wurde das Dejeuner im Jagdzelte eingenommen und fand darauf im Revier Dahrenfeld der Oberförsterei Kégling noch ein Lappjagen auf Roth- und Damwild statt. Um 5 Uhr erfolgte die Rückkehr nach dem Jagdschloß, und fand dort um 7 Uhr das Diner statt. Die Rückreise nach Berlin erfolgt nach einem im Laufe des Tages im Forstrevier Planken abgehaltenen Jagen am Sonnabend Abend. — Die Kaiserin hat in Folge eines von dem Vorstande des Vaterländischen Frauen-Vereins ertlassenen Aufrufs zu Besten der Nothleidenden in den von der Ueberschwemmung heimgefügten Gegenden den Betrag von 2000 Mk. gezeichnet.

(Nothstandsvorlage.) Es sind bereits Anordnungen zur Ausarbeitung einer Nothstandsvorlage für die überschwemmten Rheingegenden ergangen, welche sich an die seiner Zeit für Ober-Schlesien ergangenen Anordnungen anschließen und nur der speziellen thatsächlichen Verhältnisse bedürfen, um zum Abschluß zu werden, so daß gewissermaßen der Rahmen der künftigen Vorlage gegeben ist. Die Sitzung des Staatsministeriums, auf welche der Minister bei seinen gestrigen Mittheilungen im Abgeordnetenhaus Bezug nahm, fand um 1 Uhr mittags im Abgeordnetenhaus statt.

(Anbetreff der Anstellung, Beförderung und Einkommenverbesserung der Lehrer) der mehrklassigen Volksschulen hat der Herr Kultusminister Grundzüge aufgestellt, aus denen folgendes von Interesse ist: Zur zweckmäßigen Einrichtung mehrklassiger städtischer Schulen ist ein sufenweises Aufsteigen der Gehaltsstufe für die Lehrer durch planmäßige Abstufung der Lehrergehälter bezw. durch Einführung von Dienstalterszulagen oder durch Einführung eines gemischten Systems der Gehaltsregelung notwendig, damit die älteren Lehrer mit dem steigenden Dienstalter auch in den Genus einer entsprechenden Einkommenverbesserung zu gelangen Aussicht haben. Wenn somit ein von der Regierung zu genehmigender oder festzustellender Dotations- oder Gehaltsregelungsplan eingeführt ist, so unterliegt dessen Ausführung in Bezug auf die einzelnen theilhaftigen Lehrer allerdings nicht mehr dem beliebigen Ermessen der Gemeinde oder Schulgemeinde, sondern die Regierung hat zu entscheiden, ob bei eintretender Erledigung einer Gehaltsstelle der nächst älteste Lehrer oder ein anderer der an der Schule bereits angestellten Lehrer in den Genuss des verfügbar gewordenen höheren Gehalts nach Maßgabe des Dienstalters treten soll, und ebenso wenig wird der Schulaufsichtsbehörde durch den Dotationsplan eine Nöthigung auferlegt, die schulanterhaltungspflichtige Gemeinde anzuhalten, bei Vakanzentritt die Lehrer schlechthin in die Einkommenverbesserung zuzulassen. Nach den bestehenden Vorschriften soll bei Anstellungen mehr auf Treue, Fleiß und Geschäftlichkeit als auf Dienstalter gesehen und nur bei gleicher Würdigkeit dem letzteren der Vorzug gegeben werden, und ebenso sollen Beamte, welche mit Treue, Fleiß und Wärme ihre Berufspflichten üben, mit Aufmunterung behandelt, dem höheren oder niederen Grade ihres Amtes und ihrer Fähigkeit nach ausgezeichnet und bei vorkommenden Gelegenheiten befördert und verbessert werden.

Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhaus. 12. Sitzung (Freitag 1. Dezember).

Heute beschäftigte sich das Haus mit denjenigen Theilen des Justizetats, welche der Budgetcommission nicht überwiesen worden sind. Es kamen in der langen Debatte, welche sich über diesen Etat entspann, eine ganze Reihe von Ausstellungen und Beschwerden, Wünschen und Befürchtungen zur Sprache, ohne daß in irgend welcher Beziehung eine allgemeine Uebereinstimmung oder ein praktisches Resultat erreicht worden wäre. Die wichtigsten der angeregten Fragen gehören vor den Reichstag, und namentlich wird eine von ihnen, welche vor allen anderen die öffentliche Aufmerksamkeit fortwährend erregt, bereits morgen von deutschen Parlamente discutirt werden. Sie betrifft die Verurtheilung Unschuldiger durch die Gerichte. Der Abgeordnete Bahem brachte diese Angelegenheit zur Sprache und betonte den doppelten Weg, den man zur Remedur des Uebels vorschlagen habe: die Einführung der staatlichen Entschädigungspflicht gegenüber den Betroffenen und die Wieder-Einführung der Appellation gegen die Urtheile der Strafammern. Natürlich benutzte dieser Centrumsabgeordnete, eben so wie später Herr Windthorst selbst, die Gelegenheit, bei Erwähnung der vielfachen Meinere und der Ueberhandnahme der Sittlichkeitsvergehen auf das „moralische Defizit“ hinzuweisen, welches der Kulturkampf und andere falsche Richtungen der letzten Jahre über Deutschland gebracht habe. Der Minister Friedberg wies nach, daß von einer Vermeidung der Sittlichkeitsvergehen keine Rede sei und versprach, in Bezug auf die Verhinderung von Meinder Alles zu thun, was in der Macht der Justiz liege. Bezüglich der Entschädigung ungeschuldig Verurtheilter verwies der Minister auf die morgende Verhandlung im Reichstag, wo der Staatssecretär des Justizamtes, der im Besitz des betreffenden Materials sei, sich eingehend äußern werde. Die Vortheile und Nachtheile der Reichsjustizreform wurden dann noch mannichfaltig und von verschiedenen Gesichtspunkten aus besprochen.

In der darauf folgenden Verathung des Etats des Finanzministeriums verurtheilte die Forderung von 135 000 Mk. als erste Rate zur Verkleidung des königl. Schauspielhauses in Berlin mit Sandstein (wofür der Gesamtaufschlag sich auf 288 000 Mk. beliefert) eine längere Discussion. Die Bewilligung erfolgte schließlich mit sehr großer Mehrheit. Einen Gesetzesentwurf über die Ausgabe von Staatspapieren au porteur kündigte der Minister Scholz noch für diese Session an.

Während der Verhandlungen erschienen Herr v. Puttkamer am Regierungstisch, um über seine Beobachtungen in den Ueberschwemmungsgeländen des Rheins, so wie über die getroffenen und noch zu treffenden Maßregeln

Bericht zu erstatten. Seine Mittheilungen bestätigten erfreuliche Weise die Nachrichten über das stetige Sinken des Wassers und über den verhältnismäßig günstigen Verlauf des Naturereignisses. Die Flut hatte zwar den bisher höchsten Stand dieses Jahrhunderts noch um 5 cm überschritten, aber da kein Wind hinzutrat (der eine fürchterliche Katastrophe herbeigeführt haben würde) sind Unglücksfälle nicht zu beklagen und es wird sich nur darum handeln, beträchtliche materielle Verluste durch Beiträge des Staats, der Provinz und der Privatwohlthätigkeit zu ersetzen und üblen sanitären Folgen der Ueberschwemmung vorzubeugen, sobald die durchbrochenen Dämme so wie die gestörten Communicationen wieder herzustellen. Eintheilen sind für die Unterbringung der betroffenen Bevölkerung und ihre Versorgung mit Lebensmitteln 500 000 Mk. à fonds perdu aus Staatsmitteln bewilligt. In etwa 8 Tagen erwartet man den ersuchenden Bericht des Oberpräsidenten und wird mit entsprechenden Forderungen an die Landesvertretung kommen.

Das Haus bewies durch die beifällige Aufnahme dieser Ankündigung seine Bereitwilligkeit, dem Bedürfnisse im vollen Umfange entgegenzukommen. Zum Schlusse sprach der Minister der Bevölkerung und den Behörden der betroffenen Gegenden die höchste Anerkennung der Regierung für ihre besonnene Pflichttreue und opferwillige Haltung aus.

Nach diesen Mittheilungen setzte das Haus die Verathung des Justizetats fort, vertagte sich aber bald darauf bis Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Staatsberathung.

Die liberale Vereinigung des Reichstages hat beschlossen, bei der Fortschrittspartei und der nationalliberalen Fraktion eine Vorberathung durch Delegirte über die geschäftliche Behandlung des Etats zu beantragen. Das vorgelegte Etatsgesetz umfasst diesmal ohne Weiteres die Jahre 1883—1884 und 1884—1885. Die Bundesregierungen sind hiernach der Meinung geworden, daß zur Einführung der zweijährigen Budgetperioden nicht einmal eine Abänderung der Bestimmungen der Verfassung nothwendig sei.

Die Dispositionen zwischen Reichstag und Abgeordnetenhaus sind zunächst dahin getroffen, daß beide Parlamente bis Donnerstag nächster Woche alternierend tagen, also Sonnabend Dienstag und Donnerstag der Reichstag, Montag und Mittwoch das Abgeordnetenhaus.

Die rheinischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus traten vor der Freitagssitzung zusammen und setzten ein Hülfekomitee ein, welches sich mit den rheinischen Local-Hülfekomitees in Verbindung setzen soll.

Provinz und Umgegend.

Einem drastischen Beweis für die Leichtgläubigkeit, wie sie hier und da noch bei sonst ganz aufgeklärten, gebildeten Leuten herrscht, lieferte die in diesen Tagen in Dresden stattgehabte Verhandlung gegen den Gärtner Ernst Lehmann, der als rückfälliger Betrüger zu 4 Jahren Zuchthaus und 1100 Mk. Geldstrafe ev. weitere 4 Monate Zuchthaus verurtheilt wurde. L. hatte als Spannfuhrmann den Krieg 1870/71 mitgemacht und verbreitete seit anfangs d. J. das Gerücht, er habe während der Belagerung von Paris in Livry einen Schatz von alten französischen Gold- und Silbermünzen im Werthe von 600 000 Francs gefunden und denselben vorläufig bei St. Menchould in Siederheit gebracht. Es fanden sich nicht nur Leute, die dem Betrüger beifällig Vornahme der mit Hebung des Schatzes verbundenen Reise Geldbeträge bis zu 300 Mk. in einzelnen Fällen zur Verfügung stellten, sondern der Schwindler brachte auch eine Art Konsortium wohlhabender Leute zusammen, welche unter Führung Lehmanns und eines Professors der französischen Sprache im September d. J. die Reise von Baugun aus nach Frankreich antraten, schon in Leipzig aber von dem Betrüger im Stiche gelassen wurden.

In Dessau wurde kürzlich der Commis K. von Köthen, der vor circa drei Monaten seinem Prinzipal 3000 Mk. aus einem Brief entwendet hatte, zu einem Jahr Gefängnis u. verurtheilt.

Vorschuß-Verein zu Merseburg,

Singetragene Genossenschaft.

Sämmtliche Mitglieder werden ersucht, ihre Duitungsbücher zur Revision und Bestätigung des Guthabens für 1882 bis spätestens den 20. Dezember a. e. im Geschäftslokale Markt 31 abzuliefern. Nach Ablauf dieser Frist werden dieselben auf Kosten der Sämigen abgeholt. Merseburg, den 1. Dezember 1882.

Vorschuß-Verein zu Merseburg, Singetragene Genossenschaft.

J. Bichtler. M. Klingebell. A. Just.



Die Original-Singer-Nähmaschinen,

über 4 Millionen im Gebrauch,

sind die vollkommensten, leistungsfähigsten und preiswürdigsten Maschinen für den Familiengebrauch und alle gewerbliche Zwecke. Das 30 jährige Bestehen der Fabrik und der fortwährend steigende Absatz bieten Garantie für die Güte dieser Maschinen, wie kein anderes Fabrikat sie aufweisen kann.

G. Neidlinger, Merseburg, Breitestr. 8.

Wo

kauft man die elegantesten

Herren- u. Kinderhüte

in 20 der neuesten Formen von 3-10 Mk.?

Bei

C. Berger,

kleine Ritterstraße Nr. 13.

Größte Auswahl

in feinen Honigkuchen-Paketeten

von vorzüglichem Geschmack, auch einzeln verkäuflich, als:

Chocoladenkuchen, Mandelkuchen, Makronenkuchen, Marzipanlebkuchen, weiße und braune Nürnberger Oblatenkuchen, griechische Mandelnüsse etc. etc.,

sowie Honigkuchenscheiben in allen gangbaren Sorten; Rabatt und Preise wie in Halle, empfiehlt

G. Schönberger.

Mit dem heutigen Tage beginnt mein
Weihnachts-Ausverkauf,
der wiederum Gelegenheit zu sehr vortheilhaften
Einkäufen bietet.

Burgstr. 8.

Otto Franke,

vorm. Moritz Seidel.

Handelskammer zu Halle a/S.

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 und auf Grund der Bekanntmachung vom 15. November d. J. bringe ich hierdurch zur Kenntniß der Wahlberechtigten, Herren Fabrikbesitzer Gustav Kunze, Kaufmann Aug. Weinack, Banquier L. Vetsche und Commerzienrath Werther, sämmtlich zu Halle a/S. am

Freitag den 8. Dezember cr., vormittags 10 Uhr, im untern großen Saale der Stadtschulzengenossenschaft, Königsplatz hier, stattfinden wird.

Halle a/S., den 1. Dezember 1882.

Der Wahlkommisarius.

Alb. Ernst

(H. 3842 d.)

Hierzu eine Beilage.

Gar mancher Kranke würde viele Schmerzen weniger zu ertragen haben, wenn er gleich die richtigen Mittel gegen sein Leiden zur Hand hätte. Es ist daher ein Buch, welches, wie „Dr. Mity's Heilmethode“, die Krankheiten nicht nur beschreibt, sondern auch gleichzeitig ärztlich erprobt und tausendfach bewährte Hausmittel angibt, für jeden Kranken von größtem Werth. Genannte Broschüre, deren Wert durch viele Illustrationen erläutert ist, wird von Richter's Verlags-Anstalt in Leipzig für 1 Mt. 20 Pfg. franco versandt.

Deutscher Verein zum Schutze der Vogelwelt.

Mittwoch den 6. Dezbr. cr., abends 8 Uhr,

Vereins-Versammlung im goldenen Arm.

Vorträge werden gehalten von Herrn Dr. Hey und Herrn J. Stengel.

Gäste sind gern gesehen.

Der Vorstand.

W. Thienemann.

Sollte Jemand von meinen Freunden und Gönnern mit Circular zu meinem Dienstag den 5. d. M. stattfindenden Kirchweih-Schmaus übergangen sein, lade ich hiermit nochmals ganz ergebenst ein.

Gustav Mehler,
Restaurateur.

„Deutscher Hof“.

Montag Schlachtfest.

Karl Ernst.

Kaiser Wilhelmshalle.

Sonntag den 3. Dezember nach dem Theater Tanz, wozu ergebenst einlabet

Frau verw. Geisler.

Casino.

Heute Sonntag den 3. d. M., von nachmittags 3 1/2 Uhr an Tanzvergnügen, wozu ergebenst einlabet

F. Laaser.

Merseburger Landwehr-Verein.

Anlässlich der bevorstehenden silbernen Hochzeit des kronprinziplichen Paares beabsichtigt der Deutsche Kriegsbund die Stiftung eines Weissenhauses bezw. eines Weissen-Fonds für elternlose Kinder ehemaliger deutscher Soldaten ins Leben zu rufen.

Der Merseburger Landwehr-Verein wird sich mit einem Beitrage betheiligen und zur Wehrung desselben Sonntag den 3. Dezember cr., abends 8 Uhr, in der Kaiser Wilhelms-Halle eine Theater-Vorstellung (Anna-Lise von S. Herfch)

veranstalten, zu welcher wir Gönner und Freunde des Vereins hierdurch einladen.

Wickets zu Ehrenkarten à 1 Mt. und nicht gelperten Sigen à 50 Pf. sind bei den Herren Kaufleuten Wiese-Burgstraße, S. Schütze Jr. - Ritterstr., Summagermeister Brechtel - Rogmarkt und an der Kasse zu haben.

Das Directorium.

Unsere Freunde P. . . N. zu seinem heutigen Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch, daß bei Fel. Jenny die Schnapsgläser wackeln.

Ein Nichtschnapsler.

Die heutige Nummer enthält eine Extra-Beilage von R. Steffenhagen in Merseburg.

Merseburger Correspondent.

Erscheinung:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Redaktion: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

N. 239. Sonntag den 3. Dezember. 1882.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 40 resp. 45 Pf. von allen Postanstalten, Leihbüchern, sowie in der Expedition entgegen genommen.
Inserate finden bei der großen Anklage des Hattes die zweckentsprechende Verbreitung.

Die Lizenzsteuer.

„Mehr Geld, meine Herren, mehr Geld!“ mit diesen Worten entließ Fürst Bischof vor ein paar Jahren eine Anzahl von Abgeordneten, welche seine Gäste auf einer feiner parlamentarischen Soirée gewesen waren. Und diese Worte haben auch seit Jahren den Grundstein in aller bei Reichstag und Landtag versuchten Bestrebungen gebildet.

Doch trat diese fiskalische Devise gar zu aufwendend in den Vordergrund, als daß sie von Erfolg hätte sein können. Jetzt ist es schon so weit gekommen, daß man die Steuervorlagen der Regierung in parlamentarischen Kreisen gar nicht mehr Ernst nimmt. So geht es der Vorlage über die Einführung einer Lizenzsteuer auf den Betrieb von Bier, Wein, Branntwein und Tabak, welche soeben dem preussischen Abgeordnetenhaus unterbreitet worden ist. Niemand im Abgeordnetenhaus hat den Glauben, daß dieser Gesetzentwurf zur Annahme gelangen könnte. Ja man sagt auch voraus, daß die Regierung sehr wohl weiß, daß ihre Vorlage nicht die mindesten Aussichten hat. Man zerbricht sich nur den Kopf darüber, welchen taktischen Zweck die Regierung damit im Auge hat, eine solche Vorlage zu machen, von der sie von vornherein wissen muß, daß sie eine Mehrheit dafür nicht finden wird.

Eigentlich ist es nicht eine, sondern es sind vier verschiedene Steuern, die da vorgeschlagen werden. Eine besondere Steuer wird auf den gewerbsmäßigen Verkauf von Bier, eine um 25 Prozent höhere auf den von Wein, eine um 50 Prozent höhere auf den Vertrieb von Tabakfabrikaten gelegt, und der Verkauf von Branntwein endlich soll die höchste Steuer zahlen, nämlich das Doppelte der neuen Bierverkaufssteuer. Wer nun die Verhältnisse im praktischen Leben kennt, der sieht leicht, daß die meisten Restaurationen, Gasthäuser, Schanklokale und ebenso selbst die kleinen Materialwaarenhandlungen alle vier neuen Steuern zahlen müßten, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb in dem bisherigen Umfange weiterführen wollen. Auch da, wo das Schwergewicht eines Lokales nur im Verauschanf liegt, muß einmal auf Verlangen ein Schnäpöchen, ein Steuer verabreicht werden, wird von einem Gast einmal ein Glas Wein oder eine Cigarre verlangt. Künftig müßte der Wirtz entweder die Verabfolgung dieser Nebenartikel verweigern oder er muß neben der neuen Bier- auch die neue Wein-, Tabak- und Branntweinsteuer zahlen, und diese würden nicht nur weit mehr betragen, als der Wirtz an diesen Nebenartikeln verdient, sondern auch mehr, als er von dem Verkauf dieser Artikel im Ganzen einnimmt.

Das ist überhaupt charakteristisch von der vorliegenden Steuer, daß der Staat seinen Tribut von dem Verkaufsgeschäft vorwegnehmen will, gleichgültig, ob der Geschäftsinhaber etwas dabei verdient oder nicht.

Die Steuer soll nicht, wie bei der Grundsteuer, nach dem Reineinkommen entrichtet werden, sondern nach der Bruttoeinnahme. Wer für 3000 Mark Bier im Jahre verkauft, soll die Steuer von 3000 Mark entrichten. Ob er daran einen kleinen Verdienst oder einen großen hat, ändert an der Steuer summe nichts. Wer bei einem jährlichen Umsatz von 3000 Mark nur einen kleinen Profit hat, was besonders bei solchen Verkäufern geschehen wird, welche Käufer aus den ärmeren Volksklassen haben, muß dieselbe Steuer zahlen, wie der Geschäftsinhaber, welcher einen hohen Prozentsatz sich als Gewinn berechnet, was solche Wirthe können, welche ein wohlhabendes Publikum zu Gästen haben und die sich in dem Verkaufspreise ihrer Getränke zugleich die höheren Miethspreise, die bessere Möbllung und die kostspieligere Bedienung bezahllen lassen müssen. Der Wirtz muß die gezahlte Steuer natürlich auf die Preise seiner Waaren schlagen, und man sieht hieraus, daß auch hier wieder die ärmere Bevölkerung am schlechtesten fortkommen muß.

Die Reichsverfassung behält die Besteuerung von Tabak, Bier und Branntwein ausdrücklich dem Reiche vor. Es ist also vollkommen ungesetzlich, eine besondere preussische Bier-, Branntwein- und Tabaksteuer aufzulegen. Nun wird in der Begründung der Vorlage zwar ausgeführt, daß die neuen Steuern ja nicht den Charakter von Verbrauchssteuern hätten, sondern den von Gewerbesteuern. Gerade die Bemessung der Steuer

über die der Steuer selbst fest. Der Kommission soll jeder der betreffenden Steuerpflichtigen alle Auskünfte über sein Geschäft machen, und thut er das nicht, so verliert er das Recht, gegen die Höhe der Steuer zu reklamiren. Verfücht ein Steuerpflichtiger die Steuer zu „hinterziehen“, so wird er mit Zahlung des vier- bis zehnfachen Betrages der Jahressteuer bestraft.
Das ist alles zusammen so skizziert, daß die betreffenden Steuerpflichtigen in eine nichts weniger als beneidenswerthe Lage kämen. Viele würden es da vorziehen, foglich „verstaatlicht“ zu werden.
Soweit sind wir nun Gott sei Dank noch nicht Selbst die neue Landrathskammer wird diese Lizenzsteuervorlage nicht annehmen. Wenn die Konservativen allein die Mehrheit hätten, so würde dies freilich zu befürchten sein; denn schon fangen die konservativen Blätter an, in der Vorlage allerlei Vorzüge zu entdecken. Aber glücklicher Weise haben die Konservativen und Freikonservativen zusammen nicht die Mehrheit. Und die anderen Parteien werden sich hüten, eine solche Steuer einzuführen zu helfen. Aber sicher ist bei dem hartnäckigen Festhalten des Fürsten Bismarck an allen seinen Steuerprojecten, daß diese Steuerpläne wiederkehren werden, auch wenn sie jetzt abgelehnt werden.
Wer diese und ähnliche Steuern haben will, der braucht nur bei künftigen Wahlen auf die Wahl von noch mehr Konservativen hinzuwirken!

Politische Uebersicht

Eine Meldung aus **Russland** bekundet, daß die Petersburger Polizei umfangreiche Verbindungen revolutionärer Elemente mit Wortführern der Arbeiter entdeckt hat. Eine Anzahl von Establishments ist unter besondere Aufsicht gestellt worden mit der Ankündigung der Schließung und militärischen Sperrung beim ersten bedrohlichen Anzeichen. Es ist erwiesen, daß am letzten Sonntag in der Nähe der Stadt eine zahlreiche Versammlung sozialistischer Elemente stattgefunden hat, welche im Einklang mit weiteren Anstiftungen der Studenten zu handeln beschloß und sollen bereits ca. 40 Wortführer und Personen ähnlicher Art in Gewahrsam sein. Es ist das offenbar ein bedeutender Anschlag, den man sehr ernst zu nehmen hat und der auch die Studentenunruhen in ein anderes Licht bringt. Das Militär ist consignirt und größere Fabriken erhalten eigene Einquartierung, doch scheint man in gewissen Kreisen dem Militär selbst nicht recht zu trauen.

Die neuesten Schreckensnachrichten aus **Irland** haben der **englischen** Regierung die Augen geöffnet. Die optimistische und wohlwollende Auffassung, die man bisher festzuhalten suchte, hält solchen Vorgängen gegenüber nicht Stand, und sowohl Gladstone, als sein Staatssecretär für Irland Trevelyan, sehen sich genöthigt, ihre Taktik einer einschneidenden Correctur zu unterziehen. Noch vor wenigen Tagen erklärte Mr. Trevelyan im Unterhause, man dürfe die letzten Dubliner Verbrechen nicht dem allgemeinen Zustande in Irland zur Last legen, man müsse einen



Vertical text on the left edge of the page, including names like 'Fangens', 'Reubenz', 'Albrecht', 'Schiffmann', 'Thee', 'Hilf', 'Lebernat', 'Koffmann', 'Cichus', 'Vertrauen', 'Der Vorstand'.